

# VORAN

Marxistische Zeitung  
für SPD, Jusos, Gewerkschaften



Info-Dienst  
Nr. 3  
Februar '87

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Wahlkampf - wenn man ihn denn auf Bundesebene so nennen konnte - ist vorbei; wir haben das Wahlergebnis in unserer Sonderausgabe analysiert, die Euch ja zugegangen ist.

Innerparteilich müssen wir jetzt dafür sorgen, daß die Diskussionen um die Konsequenzen aus der Wahlniederlage weiter laufen. Wir dürfen nicht zulassen, daß es der Parteiführung gelingt, mit taktischen Argumenten (z.B. wir dürfen durch verfrühte Personaldiskussionen mögliche Nachfolgekandidaten nicht "verschleißen") die Diskussion um eine inhaltliche und personelle Erneuerung abzuwürgen. Die SPD muß wieder sozialistisch "instandbesetzt" werden und wir als sozialistischer Jugendverband können dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn wir Rückgrat zeigen und uns nicht - wie anscheinend leider die Parteilinke - einwickeln lassen.

Auch sonst gibt es keinen Grund zur Resignation. Die Rechtsregierung hat Federn lassen müssen. Und ein Blick über die Grenze in andere europäische Nachbarländer zeigt, daß sich auch und gerade nach bürgerlichen Wahlsiegen sehr schnell Unruhe und Unmut breit machen können. (Siehe dazu auch ausführliche Artikel in VORAN.) Wir erwarten, daß sich die Auseinandersetzungen jetzt mehr von der politischen auf die betrieblich/gewerkschaftliche Ebene verlagern werden (z.B. 35-Stunden-Woche, Privatisierungspläne bei der Post, Ladenschlußgesetz, Angriffe im öffentlichen Dienst, Karenztage, u.ä.)

Wir werden Euch daher in der nächsten Zeit in diesem InfoDienst vor allem mit Material zu solchen Fragen versorgen. Wenn ihr Material, Flugblätter, Infos, Aktionsideen zu solchen Fragen habt, schickt sie uns bitte.

Auch um die Frage der Volkszählung kann es wieder - wie schon 1983, wo die Regierung hier ihre erste Schlappe einstecken mußte - eine größere Bewegung geben, die wir aktiv unterstützen und vorantreiben sollten. Hier gilt es auch innerparteilich aktiv zu werden, da die SPD-Spitze leider mit der Regierung zusammenarbeitet.

Beiliegend also zunächst Material zum Thema Ladenschlußgesetz.

Hier können Juso-AG's aktiv eingreifen, Kontakte zu Arbeitnehmern, Betriebsräten, Gewerkschaften, Auszubildenden knüpfen und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Kaufhäuser und Geschäfte gibt es in jedem Stadtteil, und die Stimmung unter der Beschäftigten scheint wegen dieser Sache ziemlich auf dem Nullpunkt zu sein. Gewerkschaften und Beschäftigte werden daher aktive Unterstützung von außen sicherlich begrüßen. Außerdem sind über 2/3 aller Beschäftigten im Einzelhandel Frauen. Hier ist also auch eine Gelegenheit, abseits der abstrakten Quotierungsfrage - Probleme von Frauen (z.B. auch untere Lohngruppen/Mindestlöhne) aufzugreifen!

Wenn Ihre Euch zu Aktionen oder Kampagnen in diesem Bereich entschließen könnt, würden wir uns über Artikel für VORAN oder Berichte fürs Info freuen.

mit sozialistischem Gruß

für die Redaktion

Angela

P.S.: Beiliegend auch zur Stärkung unseres Kampffonds eine Wettliste zur Wahl in Hessen. Bitte selbst fotokopieren und einsetzen, nach der Wahl vor Ort auswerten, die Gewinner prämiieren und den Erlös auf unser Konto überweisen.

# VORAN

Marxistische Zeitung  
für SPD, Jusos, Gewerkschaften



Info-Dienst  
Nr. 3  
Februar '87

Lebe Genossinnen und Genossen,

Der Wahlkampf - wenn man ihn denn auf Bundesebene so nennen  
darf - ist vorbei; wir haben das Wahlergebnis in unserer  
Sonderausgabe analysiert, die Euch ja zugegangen ist.

Innerparteilich müssen wir jetzt dafür sorgen, daß die Diskussio-  
nen aus der Wahlniederlage weiter laufen. Wir dürfen nicht zulassen, daß es der  
Parteilührung gelingt, mit taktischen Argumenten (z.B. wir dürfen durch  
erfrügte Personaldiskussionen mögliche Nachfolgekandidaten nicht "verschleißen") die  
Diskussion um eine inhaltliche und personelle Erneuerung abzuwürgen. Die SPD muß  
wieder sozialistisch "instandbesetzt" werden und wir als sozialistischer Jugendverband  
können dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn wir Rückgrat zeigen und uns  
nicht - wie anscheinend leider die Parteilinke - einwickeln lassen.

Auch sonst gibt es keinen Grund zur Resignation. Die Rechtsregierung hat Federn  
essen müssen. Und ein Blick über die Grenze in andere europäische Nachbarländer  
zeigt, daß sich auch und gerade nach bürgerlichen Wahlsiegen sehr schnell Unruhe und  
Unmut breit machen können. (Siehe dazu auch ausführliche Artikel in VORAN.) Wir  
erwarten, daß sich die Auseinandersetzungen jetzt mehr von der politischen auf die  
betrieblich/gewerkschaftliche Ebene verlagern werden (z.B. 35-Stunden-Woche,  
Privatisierungspläne bei der Post, Ladenschlußgesetz, Angriffe im öffentlichen Dienst,  
Wochenarbeitszeiten, u.ä.)

Wir werden Euch daher in der nächsten Zeit in diesem InfoDienst vor allem mit  
Material zu solchen Fragen versorgen. Wenn ihr Material, Flugblätter, Infos,  
Ideen zu solchen Fragen habt, schickt sie uns bitte.

Auch um die Frage der Volkszählung kann es wieder - wie schon 1983, wo die  
Regierung hier ihre erste Schlappe einstecken mußte - eine größere Bewegung geben,  
die wir aktiv unterstützen und vorantreiben sollten. Hier gilt es auch innerparteilich  
aktiv zu werden, da die SPD-Spitze leider mit der Regierung zusammenarbeitet.

Beiliegend also zunächst Material zum Thema Ladenschlußgesetz.

Hier können Juso-AG's aktiv eingreifen, Kontakte zu Arbeitnehmern, Betriebsräten,  
Gewerkschaften, Auszubildenden knüpfen und Öffentlichkeitsarbeit betreiben.  
Kaufhäuser und Geschäfte gibt es in jedem Stadtteil, und die Stimmung unter den  
Beschäftigten scheint wegen dieser Sache ziemlich auf dem Nullpunkt zu sein.  
Gewerkschaften und Beschäftigte werden daher aktive Unterstützung von außen  
sehr herzlich begrüßen. Außerdem sind über 2/3 aller Beschäftigten im Einzelhandel  
tätig. Hier ist also auch eine Gelegenheit, abseits der abstrakten Quotierungsfrage -  
Probleme von Frauen (z.B. auch untere Lohngruppen/Mindestlöhne) aufzugreifen!

Wenn Ihr Euch zu Aktionen oder Kampagnen in diesem Bereich entschließen könnt,  
würden wir uns über Artikel für VORAN oder Berichte fürs Info freuen.

Mit sozialistischem Gruß

Für die Redaktion

Angela

S.: Beiliegend auch zur Stärkung unseres Kampffonds eine Wettliste zur Wahl in  
Essen. Bitte selbst fotokopieren und einsetzen, nach der Wahl vor Ort auswerten, den  
Gewinner prämiieren und den Erlös auf unser Konto überweisen.

# Streit über Ladenschlußgesetz entbrannt <sup>FR</sup>

Bonner Koalition strebt Dienstleistungsabend an / Gewerkschaften machen mobil

INN/FRANKFURT A. M. (rtr/has).  
 In den Koalitionsverhandlungen in Bonn haben die Unionsparteien und die Demokraten ein Paket wirtschaftspolitischer Vorhaben für die nächste Legislaturperiode abgestimmt. Nach dem von Teilnehmern an den Gesprächen ist vorgesehen, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (B) zu überprüfen, das Post- und Fernmeldewesen neu zu strukturieren und diesen Markt für private Anbieter zu öffnen. Außerdem planen FDP und CDU/CSU, weitere Bundesunternehmen zu privatisieren und das Ladenschlußgesetz neu zu regeln.

Nach will die Koalition einen sogenannten „Dienstleistungsabend“ einführen. Behörden und Geschäfte sollen an einem Tag in der Woche länger öffnen. Die jetzige Gesamtöffnungszeit wird aber nicht angetastet, heißt es.

Die Novelle des Ladenschlußgesetzes wird bei den Gewerkschaften aber auf heftigen Widerstand. So verspricht die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) den Gegnern der geltenden Bestimmungen einen „heißen Kampf“. Sie werde alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Einführung von längeren Öffnungszeiten im Einzelhandel zu

verhindern“, kündigt der Zweite Vorsitzende der HBV, Dieter Steinborn, an. Die Pläne der Koalition bezeichnet er als „weder notwendig noch sinnvoll“. Sie seien „familien- und frauunfeindlich“ und bedeuteten für die mehr als zwei Millionen Arbeitnehmer im Handel spürbare Mehrbelastungen.

Ein „Dienstleistungsabend“ verursache ferner zusätzliche Kosten, die in jedem Fall auf die Preise überwälzt würden. „Die Dummen wären die Verbraucher“, wettet der HBV-Gewerkschafter. Den Befürwortern von längeren Ladenöffnungszeiten gehe es nur darum, den Einzelhandel und große Teile des Dienstleistungsgewerbes zum Experimentierfeld für neue, unsoziale Arbeitszeitsysteme zu machen, wirft Steinborn den Bonner Koalitionspartnern vor.

Mobil macht auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG). „Wir sehen nicht kampflos zu, wie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Einzelhandel durch Maßnahmen des Gesetzgebers weiter verschlechtert werden“, betont Bundesberufsgruppenleiter Hubert Gartz. Um die Position der DAG mit den Betroffenen abzustimmen, startet die Gewerkschaft in diesen Tagen eine bundesweite

Umfrageaktion „Was halten Sie vom Ladenschlußgesetz?“

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll nach dem Willen von CDU/CSU und FDP mit dem Ziel unter die Lupe genommen werden, dem Sterben der „Tante-Emma-Läden“ entgegenzuwirken (siehe auch FR vom 11. Februar). Damit will die Koalition dem Konzentrationsprozeß im Handel einen Riegel vorschieben.

Bei den Bundesunternehmen strebt Bonn weitere Teilprivatisierungen an. Dabei seien auch die Lufthansa und die Deutsche Industrieanlagen (DIAG) genannt worden. Bislang lehnte die CSU diese Pläne für die Fluggesellschaft mit dem Kranich im Wappen strikt ab.

Im Post- und Fernmeldewesen wollen die Koalitionsparteien FDP-Kreisen zufolge die Effizienz unter anderem durch private unternehmerische Führung verbessern. Das Zulassungs- und Definitionsmonopol der Post besonders bei Endgeräten für die Telekommunikation soll gelockert werden. Der Markt wird damit vor allem für kleinere und ausländische Anbieter geöffnet. Die Bonner kommen damit Forderungen der USA nach, die beim jüngsten Streit um die Airbus-Subventionen aufgetaucht waren.

<sup>FR 12/87</sup>  
 Ladenschluß: Mit ihrer Entscheidung, den „Dienstleistungsabend“ einzuführen, will die Koalition den Wünschen der Verbraucher nach längeren Öffnungszeiten entgegenkommen, den kleineren Geschäften die Möglichkeit geben, Öffnungszeiten der Nachfrage anzupassen, ohne die Arbeitszeit der Arbeiter und der Betriebsinhaber im Einzelhandel zu verlängern. Als Grundsatz ist festgelegt worden, daß die tatsächliche Öffnungszeit insgesamt nicht verlängert werden soll. Die Koalition denkt daran, für die Abendöffnung einen bestimmten Tag, entweder den Samstag oder den Freitag, vorzuziehen. Dies zielt auch darauf, die Städte an den Abenden zu beleben. Die Regelung soll nicht nur für den Einzelhandel gelten, sondern auch für Dienstleistungsbetriebe wie Banken und Versicherungen. Die Kommunen sollen aufgefordert werden, auch Dienststellen offenzuhalten, die im Kontakt mit den Bürgern stehen. Vorgesehen ist auch, die Großmärkte, die auch an Endverbraucher Waren verkaufen, in die Ladenöffnungsregelung einzubeziehen. CSU-Berufsgruppenchef Theo Waigel hofft, daß frühzeitig mit den Tarifpartnern gesprochen werden müsse, damit die angestrebte Regelung nicht durch Tarifvereinbarungen unterliefe.

## LADENSCHLUß INTERNATIONAL

Die Bundesregierung ist offensichtlich dabei, die Ladenschlußgesetze aufzuweichen. Gleich nach Dänemark müssen die Geschäfte bei uns schließen. Der frühe Ladenschluß ist eine mitteleuropäische Spezialität. Die Gewerkschaften in der BRD haben sich bislang erfolgreich gegen eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten gewehrt. Sie wollen den im Handel Beschäftigten einen Feierabend wie den übrigen Arbeitnehmern sichern.

Quelle: Sparkassen-Informationen

# Argumente:

- grundsätzlich für Verkürzung der Arbeitszeit, nicht für Verlängerung; 35-Stunden sind genug
- geregelte Arbeitszeit wird aufgeweicht, selbst wenn irgendwann Ausgleich erfolgt; freizeit- und familienfeindlich
- Einstieg in grundsätzliche Abschaffung des Ladenschlußgesetzes, wie von der FDP schon lange angestrebt
- Einstieg in flexible Arbeitszeiten, wie von Unternehmen gefordert
- entweder Überstunden, Schichtarbeit oder Einstellung von Aushilfskräften mit Stundenverträgen nötig, um längere Öffnungszeit durchzuführen; alles drei abzulehnen
- kommt Bestreben der Unternehmer im Einzelhandel entgegen, Stammbeschafteten abzubauen und Aushilfs- oder Zeitverträge (besonders seit Blüm's "Beschäftigungsförderungsgesetz") zu nutzen

Argument der Regierung:

"Innenstädte beleben"

- tote Innenstädte sind aus anderen Gründen entstanden: Aufteilung und Funktionstrennung in Schlafstädte, Geschäftsviertel und Industrieparks; kaum noch Wohnbebauung in den Innenstädten wegen zu hoher Grundstücks- und Mietpreise; Vorrang des Individualverkehrs (außer in den wenigen toten Fußgängerzonen); keine kulturellen oder sonstigen Treffpunkte in den Fußgängerzonen, sondern nur Geschäfte (Vorrang des Profits)

"verbraucherfreundliche Öffnungszeiten"

- die Beschäftigten im Einzelhandel sind auch Verbraucher; wann sollen sie einkaufen (Außer im eigenen Laden, damit ihre Löhne wieder in die Taschen ihres "eigenen" Arbeitgebers zurückfließen)?
- wenn Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich auf 35 oder weniger Stunden angestrebt wird, reichen die bestehenden Öffnungszeiten; angemessene Mindestlöhne für alle, damit aus finanziellen Gründen keine Überstunden mehr nötig sind und innerhalb der jetzigen Öffnungszeiten eingekauft werden kann

"Tante-Emma-Läden gegenüber Großmärkten stärken; kleine Läden können eher länger offenhalten"

- der Konzentrationsprozeß im Handel hat andere Gründe als die Öffnungszeiten (größere Kapitalkraft der Großen, Konkurrenzdruck, allg. Tendenz zur Monopolisierung, auch in anderen Branchen, bessere Möglichkeiten der Preisgestaltung durch die Großen, usw.)
- die geplante Regelung soll eine Bresche zur Flexibilisierung der gesamten Branche wie auch anderer Wirtschaftsbereiche schlagen; also werden auch die Großen länger geöffnet halten

"Individualisierung der Arbeitszeit"

- in der kapitalistischen Marktwirtschaft kann dies nur zugunsten der Unternehmer ausgehen; die Beschäftigten sollen an Stoßzeiten (in Geschäften) und Maschinenlaufzeiten (in der Produktion) angepaßt werden; Flexibilisierung kann sich nur unter Arbeiterkontrolle positiv für die Beschäftigten auswirken

# Was kann die Juso-AG tun?

- sofortige Kontaktaufnahme mit der örtlichen HBV zwecks näherer Information über Einzelheiten, rechtliche Lage, geplante Aktionen
- Kontaktaufnahme zu Betriebsräten von Kaufhäusern am Ort (einfach anrufen und zum Betriebsratsbüro durchstellen lassen)
- Einladung von Gewerkschaftern und Betriebsräten zur AG-Sitzung, um sich zu informieren
- Durchführung öffentlicher Sitzungen mit Podium (HBV, Betriebsräte, IHK, Geschäftsführer v. Kaufhäusern) oder sonstige öffentliche Veranstaltungen (Mobilisierung auch der Belegschaften)
- Unterschriftsammlungen (Gewerkschaften erstellen Listen) in und vor Kaufhäusern gegen die geplante Änderung
- Flugblattverteil-Aktionen/ Plakataktionen/Info-Stände
- besonderes Augenmerk und Kontaktaufnahme zu Azubis/Jugendvertretern in den Kaufhäusern
- Einbeziehung der ÖTV, da auch verlängerter Behördentag geplant

## Was könnten die Gewerkschaften tun?

- eine großangelegte Kampagne zur Aufklärung der Öffentlichkeit und der Verbraucher
- Bildung von örtlichen Aktionsausschüssen mit Betriebsräten bzw. Vertretern aus allen größeren Kaufhäusern
- Zusammenarbeit mit der ÖTV (wg. geplantem "Behördentag", s.o.)
- Einbeziehung der Ladenschluß-Frage in die Gehaltstarifrunde ab 1.4.87, mit der Möglichkeit zu Warnstreiks oder größeren Streikmaßnahmen

Als Jungsozialisten treten wir grundsätzlich für den DGB als starken Dachverband und Einheitsgewerkschaft ein und unterstützen die in ihm organisierten Gewerkschaften, in diesem Fall die HBV. Da die Lage im Einzelhandel jedoch so ist, daß in vielen Bereichen die DAG stark verankert ist, sollte einheitliches und gemeinsames Handeln das Gebot der Stunde sein. Die DAG ist eine Standesgewerkschaft, ausschließlich im Angestelltenbereich, und nicht im DGB organisiert. Dadurch spielt sie den Arbeitgebern die Möglichkeit in die Hand, die Beschäftigten im Einzelhandel gegeneinander auszuspielen, wovon diese auch mit Hilfe der DAG-Führung in der Vergangenheit schon mehrfach Gebrauch machen konnten. Doch hier geht es jetzt darum, den geplanten Angriff von Kohl und Kapital geschlossen abzuwehren. Das kann nur durch gemeinsamen Kampf beider Gewerkschaften miteinander und nicht gegeneinander

erfolgreich sein. Vielleicht ist es möglich, die DAG-Mitglieder im Verlaufe eines solchen Kampfes von der Notwendigkeit des Eintritts in den DGB und der Verschmelzung mit der HBV zu überzeugen, da dies im Sinne der Geschlossenheit unter den Beschäftigten in einer Branche gegenüber den Arbeitgebern die sinnvollste Lösung ist.

## Forderungen:

- Hände weg vom Ladenschluß-Gesetz
- Gegen Flexibilisierung unter Arbeitgeberkontrolle
- Für 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Schritt zur Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle
- Übernahme-Garantie für Auszubildende
- Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen/ Für einen monatlichen Mindestlohn von 1.500,- DM netto
- Weg mit den langen Samstagen
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in allen Branchen, damit genügend freie Zeit (u.a. zum Einkaufen) vorhanden ist/ preiswerte, öffentlich subventionierte Restaurants, um die häusliche Belastung Berufstätiger ( tägliche Lebensmittel-einkauf zum Kochen) abzubauen
- bessere Bezahlung der über 7 Stunden täglich und 5 Tage wöchentlichen Arbeitszeit hinausgehenden Stunden (also auch der Samstagsarbeit) mit kräftigen Mehrarbeitszuschlägen

## Verbraucher entklären:

Die Arbeitgeber und die Bundesregierung werden im Rahmen ihrer Kampagne für das neue Ladenschlußgesetz versuchen, die Verbraucher gegen die Beschäftigten im Einzelhandel auszuspielen. Hier müssen wir deutlich machen:

die Masse der Verbraucher sind auch Arbeitnehmer, und zwar in anderen Branchen. Ihnen muß deutlich gemacht werden, daß die Beschäftigten im Einzelhandel ohnehin ungünstigere Arbeitszeiten haben, um Einkaufszeiten für andere zu ermöglichen. Diese Lage sollte nicht noch weiter verschlechtert werden.

Wenn in den anderen Branchen Arbeitszeitverkürzung erkämpft wird, dann reichen die jetzigen Öffnungszeiten vollkommen, um Einkäufe tätigen zu können.

Außerdem ist die Durchlöcherung der Ladenschlußzeiten ein Versuch, flexible Arbeitszeiten einzuführen. Die Arbeitgeber im Einzelhandel wollen schon lange die sog. "kapazitätsorientierte Arbeitszeit" (KAPOVAZ) einführen, d.h. die Anpassung der Arbeitszeit an die Stoßzeiten im Geschäft, also der Arbeitnehmer auf Abruf. Wenn dies im Einzelhandel durchgesetzt werden kann, so werden die Arbeitgeber anderer Branchen unweigerlich nachziehen, und flexible Arbeitszeiten einführen.

Alle abhängig beschäftigten Verbraucher sollten sich daher mit dem Kampf gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten solidarisieren.

# Tarifliche Situation im Handel am Beispiel NRW \*

## Auszug aus dem Gehalts- und Lohnfortführungsvertrag

### des Einzelhandels in Nordrhein-Westfalen

gültig ab 1. April 1985  
Kündbar 31.3.87

Die tariflichen Mindestgehälter für die Angestellten des Einzelhandels betragen:

#### A. Angestellte ohne abgeschlossene kaufmännische Ausbildung

erhalten im 1. Jahr der Tätigkeit	80 %
im 2. Jahr der Tätigkeit	85 %
im 3. Jahr der Tätigkeit	90 %
im 4. Jahr der Tätigkeit	95 %

	ab 1. 4. 1985	ab 1. 4. 1986
bei Aufnahme der Tätigkeit vor vollendetem 18. Lebensjahr	DM 1422,-	DM 1452,-
bei Aufnahme der Tätigkeit nach vollendetem 18. Lebensjahr	DM 1463,-	DM 1494,-
bei Aufnahme der Tätigkeit nach vollendetem 25. Lebensjahr	DM 1618,-	DM 1652,-

#### B. Angestellte mit abgeschlossener kaufmännischer Ausbildung

Gehaltsgruppe I: Verkäufer/innen

Angestellte mit einfacher kaufmännischer Tätigkeit

	ab 1. 4. 1985	ab 1. 4. 1986
1. Berufsjahr	DM 1422,-	DM 1452,-
2. Berufsjahr	DM 1432,-	DM 1462,-
3. Berufsjahr	DM 1463,-	DM 1494,-
4. Berufsjahr	DM 1485,-	DM 1516,-
5. Berufsjahr	DM 1618,-	DM 1652,-
6. Berufsjahr	DM 1876,-	DM 1915,-
7. Berufsjahr	DM 2091,-	DM 2135,-

#### Gehaltsgruppe II: Kassierer/innen, Erstverk.

Angestellte mit einer Tätigkeit, die erweiterte Fachkenntnisse und eine größere Verantwortung erfordern

	ab 1. 4. 1985	ab 1. 4. 1986
1. und 2. Jahr der Tätigkeit	DM 1923,-	DM 1963,-
3. bis 5. Jahr der Tätigkeit	DM 2151,-	DM 2196,-
nach dem 5. Jahr der Tätigkeit	DM 2541,-	DM 2594,-

#### Vergütung für Auszubildende

Die Vergütung für Auszubildende beträgt

	ab 1. 8. 1985	ab 1. 8. 1986
1. Ausbildungsjahr	DM 576,-	DM 588,-
2. Ausbildungsjahr	DM 643,-	DM 657,-
3. Ausbildungsjahr	DM 763,-	DM 779,-

## Auszug Manteltarifvertrag:

### § 2

#### Arbeitszeit

- Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 38,5 Stunden\* ausschließlich der Pausen. Im übrigen richtet sich die Arbeitszeit nach den Vorschriften der Arbeitszeitordnung, der Gewerbeordnung, des Jugendarbeitsschutzgesetzes sowie des Mutterschutzgesetzes.
  - Eine von Abs. 1 abweichende systematische Einteilung der regelmäßigen Arbeitszeit (Mehr- oder Minderarbeit an einem Werktag oder in einer Woche) ist zulässig, wenn innerhalb von 52 Wochen die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit gemäß Abs. 1 nicht überschritten wird. Besteht ein Betriebsrat, so ist über die abweichende Einteilung der Arbeitszeit eine Betriebsvereinbarung abzuschließen. Besteht kein Betriebsrat, so ist hierüber zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Regelung zu treffen.
  - Die tägliche Arbeitszeit und die Pausen werden zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat vereinbart. Pausen gelten nicht als Arbeitszeit.
  - Wird die regelmäßige tägliche Arbeitszeit an einzelnen Werktagen verkürzt oder verlängert, so kann diese Arbeitszeit in einem Zeitraum von 3 Wochen ausgeglichen werden.
  - Dringende Vor- und Abschlusarbeiten, Aufräumarbeiten und Kassenschluß sind als Ausnahmen über die vereinbarte oder festgelegte Arbeitszeit hinaus zu leisten. Die hierfür erforderliche Zeit darf 10 Minuten täglich nicht überschreiten; sie ist zuschlagsfrei auszugleichen.
- \* Bis 31. 12. 1985 beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit noch 40 Stunden - § 23 Ziff. 1 auf Seite 24.  
Zur Bildung von Freizeitblöcken siehe Protokollnotiz auf Seite 25.

### § 3

#### Mehrarbeit

- Mehrarbeit für Vollbeschäftigte ist jede über die vereinbarte oder festgelegte tägliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeit, sofern sie nicht gemäß § 2 Abs. 4 ausgeglichen wird. Mehrarbeit für Teilzeitbeschäftigte ist jede Arbeitszeit, die über die in § 2 Abs. 1 geregelte Arbeitszeit hinaus geleistet wird.
- Eine über die tarifliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit bis zu 40 Stunden je Woche ist als zuschlagsfreie Mehrarbeit zu vergüten.
- Mehrarbeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Sie ist nur im Rahmen der Bestimmungen der Arbeitszeitordnung und des Betriebsverfassungsgesetzes zulässig. Bei der Festlegung der Mehrarbeit sollen die Interessen der betroffenen Arbeitnehmer angemessen berücksichtigt werden.
- Mehrarbeitsstunden sind mit 1/2 des Monatsentgelts und einem Zuschlag gemäß § 5 zu bezahlen. Auf Wunsch des Arbeitnehmers kann eine Abgeltung von Mehrarbeitsstunden durch Freizeit mit den entsprechenden Zeitzuschlägen erfolgen. Über den Zeitpunkt der Abgeltung ist eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen.

\* AG's in anderen Tarifbezirken können sich Infos über Gehalts- und Manteltarifverträge bei den örtlichen HBV-Geschäftsstellen besorgen

# Erläuterungen

zur tariflichen Situation

Gehaltstarifverträge regeln Löhne/Gehälter und die Voraussetzungen für Eingruppierung in bestimmte Gehaltsstufen

Manteltarifverträge regeln die Rahmenbedingungen der Arbeit, zB. Arbeitszeit, Urlaub, Pausen usw.

Verschiedene Gehaltstarifverträge sind im Frühjahr kündbar (siehe unten); dann endet auch die sogenannte "Friedenspflicht", es kann gestreikt werden. Dies ist eine Gelegenheit, auch in Sachen Ladenschluß Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, denn sie stehen schließlich mit ihren Interessen hinter diesem Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, die ja nur ihr verlängerter Arm ist.

Der Manteltarifvertrag NRW ist erst zum Jahresende 1988 kündbar. Das ist natürlich zu spät für die Ladenschluß-Debatte. Leider ist im jetzt gültigen Manteltarifvertrag nur die wöchentliche Regelarbeitszeit (38,5 Std.) festgeschrieben, nicht jedoch eine Zeitbegrenzung (z.B. abzuleisten nur in der Zeit zwischen 9.00 und 18.30 Uhr); mit einer solchen Regelung könnte man die Flexibilisierung tarifvertraglich abblocken.

Nach Informationen von Betriebsräten sind die Verkäuferinnen in der Regel in Gehaltsgruppe I. Kassiererinnen und Erstverkäuferinnen waren wegen erhöhter Arbeitsbelastung oder Verantwortung in Gehaltsgruppe II. Doch scheint es im Bereich des Einzelhandels massive Abgruppierungen gegeben zu haben, so daß jetzt viele von ihnen auch nur noch in Gehaltsgruppe I eingestuft sind. Ein Blick auf die Tabelle zeigt, wie wenig also die Masse der Beschäftigten zu relativ schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten verdient. Und dies sind nur die Bruttogehälter; da viele Frauen in Steuerklasse V sind, geht noch ein erheblicher Teil Steuern und natürlich die Sozialabgaben runter. Eine junge Verkäuferin bringt also vielleicht bei diesem anstrengenden und stressigen Job am Monatsende gerade mal 900,- DM netto nach Hause!!

Übrigens sind von den 320.000 Beschäftigten im NRW-Einzelhandel 68% Frauen; viele davon sind Teilzeitkräfte.

## Kündigungstermine für Lohn- und Gehaltstarifverträge:

Termin	Bezirk	Zahl der Beschäftigten
28.2.87	Hessen + Coop-Untern.	135.000
31.3.87	NRW, Saarland, BaWü	682.000
30.4.87	Niedersachsen, Bremen, Limburg-Oberlahn, Bayern Rheinl.-Pfalz	590.000



# Wartet die

In letzter Zeit hört man öfter von drohenden Schließungen bei Kaufhäusern, wie jetzt bei Hertie in Dortmund, Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel. Aber nicht nur bei Hertie kriselt es. Auch die anderen Riesen Horten, Karstadt und Kaufhof haben wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Seit 1979 erleben sie einen Abwärtstrend bei ihren Umsätzen. Durch steigende Arbeitslosigkeit und Reallohneinbußen sank die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Konzerne versuchten, ihre Gewinne durch verstärkte Rationalisierung zu retten.

## Arbeitsplatzabbau

In den Jahren 1980-83 verloren 10.400 Beschäftigte bei Hertie, 12.574 bei Kaufhof und Unternehmenskooper Kaufhalle, 8.895 bei Karstadt und 5.098 bei Horten ihren Arbeitsplatz. Dadurch konnte der Warenumsatz pro Verkäufer/in um 28% gesteigert werden. Das bedeutet enorm gestiegenen Streß für das Personal.

Das reichte jedoch nicht, um die Probleme zu lösen. Steigende Arbeitslosigkeit und der Trend der Käufer, in billigeren „Verbrauchermärkten“ zu kaufen, führten zu einem weiteren Umsatzrückgang.

## Rationalisierung

Durch weitere Rationalisierung sollen die Kosten gesenkt werden. So sollen z.B. durch EDV-gestützte Warenwirtschaftssysteme zehntausende Arbeitsplätze im Bereich Lagerhaltung und Betriebsabrechnung eingespart werden.

Außerdem soll die Struktur der Kaufhäuser verändert werden. In Städten mit gutem Umsatz sollen sie in Nobelläden umgewandelt werden. Horten hat bereits solche Lu-

xusläden in Düsseldorf und Wiesbaden. Waren des Grundbedarfs werden hier nicht mehr angeboten. Das verbleibende Angebot ist teilweise um bis zu 50% teurer als in normalen Kaufhäusern.

In Städten mit schwächerem Umsatz soll das breite Warenangebot beschnitten werden: Ausbau gutgehender Abteilungen und Schließung der anderen. Dieses Konzept des „selektiven Kaufhauses“ führt zwangsläufig zu weiterem Personalabbau.

In anderen Städten sollen die Kaufhäuser in SB-Warenhäuser umgewandelt werden. In Städten mit schlechtem Umsatz stehen Schließungen bevor, wie in den Ruhrgebirgsstädten Dortmund, Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel, in denen Hertie dichtmachen will. Dadurch würden 800 Verkäufer/innen arbeitslos. Bei 4.000 arbeitslosen Warenkaufleuten allein in Dortmund sind das katastrophale Zukunftsaussichten für die Betroffenen.

## Teilerfolge bei Hertie

Gegen die Pläne der Konzernleitung, diese drei Filialen zum 31.12.85 zu schließen, setzten sich die Belegschaften zur Wehr. So wurden bei den Käufern Unterschriften gegen die Konzernpläne gesammelt. Die drei Belegschaften verweigerten außerdem die Überstunden für die verkaufsoffenen Samstage vor Weihnachten. Diesem Überstundenhoykott schlossen sich die Belegschaften von 9 weiteren Filialen an.

Dadurch wurde die vorläufige Aussetzung der Schließungen erreicht.

Das Hertie-Management will ein neues Gesamtkonzept bis März vorlegen, in dem auch auf alle Problemhäuser eingegangen werden soll. Die daraus folgenden Maßnahmen sollen mit den Betriebsräten erörtert werden. Auch dieses neue Konzept wird wohl Arbeitsplatzabbau und vielleicht auch die Schließung von Filialen beinhalten.

Dagegen bleibt zu fordern:

- Offenlegung der Geschäftsbücher, damit die Belegschaft sehen kann, wo die Gewinne der letzten Jahre hingegangen sind
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Mindestlohn von 1500 DM für alle
- Erhalt aller Arbeitsplätze
- Keine Schließungen

Wenn Banken und Konzernleiter diese elementaren Ansprüche verweigern, müssen wir als Antwort für die Verstaatlichung aller Kaufhäuser unter demokratischer Kon-

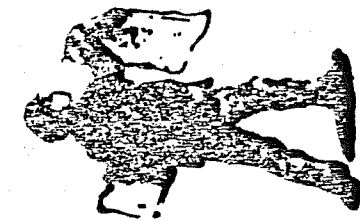
trolle der Beschäftigten eintreten.

Die Gewerkschaften müssen sofort eine Kampagne in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und den ganzen Belegschaften organisieren. Die Betriebsräte der verschiedenen Kaufhauskonzerne müssen sich treffen und ein gemeinsames Vorgehen absprechen. Auf Betriebsversammlungen können die Einzelheiten der geplanten Aktionen diskutiert werden, z.B.: Gemeinsame Öffentlichkeitsinformationen, Unterschriftensammlungen, Streikmaßnahmen und — wenn nötig — auch Besetzung der Kaufhäuser durch die Beschäftigten.

Bei Hertie mußte die Geschäftslieferung wegen des Drucks der Belegschaft die Schließung vorerst aussetzen. Wenn jetzt der Kampf gemeinsam fortgeführt wird, können die Kaufhäuser gerettet werden.

Tim Kuhlmann, Remscheid  
Jungsozialist

Ich möchte  
**VORAN**  
untersuchen und mich  
um weitere Informationen



Name

Anschrift

Ich möchte

VORAN abonnieren  
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen  
und bestelle ....Exemplare in Kommission  
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo  
zu DM .... beziehen (ab DM 20,-)

PostA-Lesen, Ill. Z. 360 100 43  
Konto Nr. 2500 59-430  
Einsenden an: VORAN, Heimerling 4, 5 Köln 1

Einsenden an: VORAN, Heimerling 4, 5000 Köln 1

## Neue Profile im Handel: Luxushäuser, Fachmärkte und Billigsortimenter

Bei den bundesdeutschen Kaufhauskonzernen wird seit einigen Jahren kräftig „umprofilert“. Auf die sinkende Kaufkraft und damit dem Rückgang des Kundenpotentials soll mit einem „Umprofilierungskonzept“ im Bereich des Warenangebots und der Präsentation das an Standorten zurückgewonnen werden, was sich insbesondere zu sogenannten Discountern und Billigmarktketten verschoben hat. Doch: Umprofilierung heißt auch Anpassung an die standortbedingten Kaufkraftverhältnisse. Vorgesehene Auflösungen ganzer Kaufhäuser wie im Karstadt- und Hertie-Konzern zeigen nur allzu deutlich, daß dies mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen zu tun hat, deren Größenordnungen alle bisherigen Arbeitsplatzvernichtungen in Frage stellen werden.

„Alles unter einem Dach“ – das war um die Jahrhundertwende die „revolutionäre“ Idee im Handel mit Konsumgütern aller Art. Mit der Gründung der ersten Kaufhäuser von Leonhard Tietz und Rudolf Karstadt entwickelte sich eine bis dahin unbekannte Betriebsform im Handel, die bis hinein in unsere Tage prägenden Charakter hat. Voraussetzung für einen umsatzstarken Betrieb solcher Häuser waren (und sind) publikumsintensive Geschäftszentren und damit eine Konzentration der Verbrauchernachfrage auf relativ engem Raum.

Nach 1945 erlebten die Warenhauskonzerne besonders in den sechziger und siebziger Jahren einen Aufschwung und zugleich Höhepunkt ihrer Umsatzentwicklung, der im Jahr 1974 mit 10,4 Prozent am gesamten Einzelhandelsumsatz seinen Spitzenwert erreichte. Fast synchron mit der zurückgehenden Kaufkraft stagnierten und sanken die Umsätze. Die Reaktion der Kaufhauskonzerne, durch Personalabbau ihre Profitraten zu halten, erwies sich jedoch als sehr kurzfristig und leitete eine Fehlentwicklung ein, die als Grundlage für die jetzt stattfindende Umstrukturierung angesehen werden kann.

Der Kaufkraftrückgang war nämlich Ausgangspunkt für das Aufblühen von SB-Märkten sowohl in den Zentren, besonders aber auf der sogenannten grünen Wiese. Einfache Präsentation der Waren, größere Warenbevorratung, wesentlich weniger Personal und geringere Erschließungs- und Unterhaltungskosten bei Gebäuden und infrastrukturellen Einrichtungen erlauben solchen Handelsketten eine andere, niedrigere Preiskalkulation. Mithin sind nicht nur durchschnittlich niedrigere Preise ein Merkmal solcher Verkaufseinrichtungen, sondern eben das starke Element der Selbstbedienung; der fehlenden fachlichen Betreuung der Kunden.

In dem Maße, wie die traditionellen Kaufhäuser ihr Personal verringerten, steigerten sie zugleich den Pro-Kopf-Umsatz des verbliebenen Verkaufspotentials, was sich unter anderem auch in einer wesentlich größeren Verkaufsfläche je Verkäufer(in)

ausdrückte. Noch so schön glitzernde Fassaden vermochten den entstehenden Nachteil der zurückgehenden fachlichen Betreuung nicht auszugleichen. Profileinbuße ließ mithin weitere Kundenkreise, insbesondere solche, die auf individuelle Bedienung Wert legen, abwandern.

Ähnlich wie die Kaufhauskonzerne selbst, sieht auch die zuständige DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) die Situation. In ihrem Geschäftsbericht an die Delegierten des Mannheimer Gewerkschaftstages (1984) stellte sie fest: „Die Warenhäuser haben an Profil verloren. Zwischen Facheinzelhandel und Verbrauchermärkten versuchen sie nun, einen dritten Weg zu beschreiten...“

Dieser „dritte Weg“ besteht zum einen in einer noch schärferen Rationalisierung. Die Einführung sogenannter rechnergestützter Warenwirtschaftssysteme wird beispielsweise im Bereich der Lagerhaltung oder Betriebsabrechnung längerfristig den Verlust vieler Arbeitsplätze zur

### Keine Änderung des Ladenschlußgesetzes

Die Diskussion um die Veränderung des Ladenschlußgesetzes ist voll entbrannt. Es gibt Versuche, besonders in Baden-Württemberg, im Bereich von Bahnhöfen, Flughäfen und Verkehrsknotenpunkten, das geltende Ladenschlußgesetz durch die Hintertür zu durchlöchern. Gegen diese Absicht hat sich erneut der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Günter Volkmar, am 15. Januar ausgesprochen. Das geltende Gesetz sei „ein bewährter und praktikabler Kompromiß“, der sowohl die Interessen der Verbraucher als auch die der Beschäftigten im Einzelhandel berücksichtige. Gerade gegenwärtig gebe es wirklich wichtige Aufgaben, die die verantwortlichen Politiker anpacken sollten, erklärte Volkmar und erinnerte an die gewerkschaftlichen Forderungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung der Tarifautonomie und zur Verteidigung des Streikrechts.

Folge haben. Damit gemeint ist aber auch die Umstrukturierung des bisher bekannten Warenhaustyps.

Luxushäuser im Stil des Westberliner KaDeWe-Hauses, sogenannte Fachmärkte und Billigsortimenter – das sind jene neuen Profile, an deren Realisierung bereits kräftig gearbeitet wird. Markanteste Zielrichtung: Anpassung des jeweiligen Warenhauses an den im Einzugsbereich überwiegend zu erwartenden Verbrauchertyp. Während also Luxushäuser in bester Kauflage anzutreffen sind oder sein werden, ist beispielsweise der Typ von Billigsortimentern in kleineren Städten mit Grundversorgungsbedarf (kaum oder keine vergleichbare Konkurrenz vom Betriebstyp her betrachtet) vorgesehen. Der Karstadt-Konzern realisiert im Zuge seiner Umprofilierung ein sogenanntes „Spartaner“-Konzept. Erste Anwarter sind die Standorte Wesseling, Herten und Datteln. Für solche Häuser gilt fortan (laut FAZ vom 3. 8. 1985) die Devise „Runter vom Image gut, aber teuer“. Nach oben hin will Karstadt Weltstadthäuser „nach dem Vorbild der traditionellen Pariser Warenhäuser“ kreieren. Der Horten-Konzern sammelt mit solchen Weltstadthäusern wie „Carsch“ in Düsseldorf und Wiesbaden bereits Erfahrungen. Waren des Grundbedarfs bleiben in den Sortimenten solcher Häuser außen vor. Die Preise (bis zu 50 Prozent über denen „normaler“ Warenhäuser) separieren schließlich die Kundenkreise schon aufgrund der Vermögensverhältnisse. Auch der Kaufhof-Konzern hat sich einem solchen Konzept verschrieben. Er will zudem die Anzahl der unter seiner Regie laufenden Fachmärkte (z. B. Saturn, Mauritius usw.) wesentlich ausweiten.

Der Frankfurter Hertie-Konzern schließlich hat seine Umprofilierung mit den inzwischen bekannten Paukenschlägen, nämlich der angekündigten Schließung ganzer Häuser (wie Dortmund, Castrop-Rauxel und Herne) eingeleitet. 28 weitere Häuser werden derzeit auf Rentabilität hin überprüft.

Gemeinsam ist den Warenhauskonzernen schließlich die Reduzierung von Verkaufsflächen in bestehenden Häusern und zwar um solche Bereiche, die ohnehin defizitär sind oder nicht wesentlich zum Umsatz beitragen. Der Einbau von Lichtschächten- und -höfen in einer Reihe von Häusern ist dabei äußeres Merkmal solcher Verkaufsflächenreduzierung. Schließlich: der Anteil von Selbstbedienungseinrichtungen in den bereits erwähnten Spartaner- und Billigsortimentern läßt schon jetzt den Schluß zu, daß – zumindest dort – weitere Arbeitsplätze vernichtet werden.

So oder so müssen Betroffene und ihre Gewerkschaft HBV davon ausgehen, daß die derzeitige Umprofilierungswelle eine Reihe von Arbeitsplätzen regelrecht „verschwemmen“ wird. Umstrukturierung das bedeutet nach bekannter kapitalistischer Manier auch hier: Die Negativposten werden zu Lasten der Beschäftigten verbucht. Reinhold Sch

# Einzelhandels-Rationalisierung

## KAPOVAZ

Aufgrund verschärfter Wettbewerbsbedingungen im Einzelhandel gehen die Kapazitäten immer mehr dazu über, die Verkäuferinnen variabel, kapazitätsorientiert einzusetzen. Das Zauberwort dafür heißt KAPOVAZ (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit). Hinter der KAPOVAZ verbirgt sich allerdings ein Angriff sowohl auf die Vollarbeitsplätze als auch auf die freien Arbeitsplätze.

Dieser Angriff wird einen Beitrag haben wir der Januar-Ausgabe der „Revier“ entnehmen (s. Red.).

Seit Mitte der 70er Jahre stagniert bzw. sinkt die Nachfrage nach Waren ab. Das bedeutet für die Einzelhändler, daß ihre realen Umsatzwachstumsraten und damit ihre Gewinne beständig sinken. Beitrag die reale Umsatzsteigerung 1976 noch 3,0%, so sank sie bis 1979 auf 2,8% und betrug nur noch ca. 1% für die Zeit von Januar bis Oktober 1980. Das hat mehrere Gründe: Zum einen sinkt seit 1974 die bundesrepublikanische Wohnbevölkerung, d.h. immer weniger Haushalte müssen mit Waren versorgt werden. Zum anderen verschieben sich die Markt- und Konsumkosten einen immer größer werdenden Teil des Einkommens, so daß immer weniger für den Kauf von Waren übrigbleibt; die Realkaufkraft der Einkäufer sinkt beständig. Auch insgesamt betrachtet sinkt die reale Zuwachsrate des privaten Verbrauchs.

Bei dieser Nichtfrügestimmung ist nun ein ungleicher Kampf um die Marktanteile unter den Einzelhändlern entbrannt. Die verschiedensten Betreibungsformen des Einzelhandels (Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Filialen, Fachgeschäfte) sind hier von Konkurrenz betroffen, was allerdings hier außer Acht gelassen werden kann. Die Konkurrenz hat dazu geführt, daß die Unternehmen nun verstärkt Anstrengungen unternehmen, die Kosten zu senken. Nach Meinung des Hertie-Präsidenten stand H.-L. Griebelow sei ein „Kahlschlag bei den Kosten“ erforderlich. Zum einen setzen vor allem Dingen die Kaufhäuser durch, Kindern mit anspruchsvollen Sortimenten und neuartigen Verkaufsmethoden zu locken, bzw. unrentable Verkaufsfächen zu veräußern. Hieron z.B. überließ Felder zum Juni 1979 seine gesamten Nahversorgungsabteilungen. Zum anderen wird natürlich versucht, die Personalkosten zu senken. Das Hertie-Management möchte z.B. 20% vor allem an Personal-

der Teilzeitbeschäftigten weiter ansteigen wird. So wirbt auch schon der Bayerische Einzelhandel in der SZ vom 21.11.80 besonders um Teilzeitbeschäftigte: „... also lausend geringfügig beschäftigte Kräfte... wobei auch in den meisten Fällen die Möglichkeit gegeben ist, individuelle Arbeitszeiten zu vereinbaren.“

### Individuelle Arbeitszeit

Was es mit dieser „individuellen“ Arbeitszeit auf sich hat, die sich in der Praxis als eine Möglichkeit der Umsetzung der KAPOVAZ erweist, zeigt das Kaufhaus Beck in München. Es experimentiert schon seit zwei Jahren mit der individuellen Arbeitszeit (IAZ). Das Konzept der IAZ gestaltet sich so: Die Firmenleitung schließt individuell mit jeder/m Verkäufer/in einen Vertrag über die jährliche Arbeitsstundenzahl. Eine komplizierte Computeranlage mit Bildschirmen und Stechuhr registriert die Anwesenheit am Arbeitsplatz (d.h. Zigarettenpausen, Überziehen der Mittagspausen usw. werden ebenfalls registriert). Während der Stoßzeiten sollen nun die Beschäftigten im Laden sein, gibt es aber nur wenig Andrang, sollen die Kollegen/innen Arztbesuche, Behördengänge (die man früher üblicherweise während der Arbeitszeit machte) und Einkäufe erledigen. Die „Freizeiten“ müssen einen Monat (spätestens eine Woche) vorher angemeldet werden und werden in Abstimmung mit der Kundenfrequenz „gewährt“. Angepiessen wird dieses System als Individuelle Arbeitszeit, weil individuell jeder/r Verkäufer/in bestimmen kann, wann er/sie morgens kommt (Langschläfer), wann er/sie zum Arzt geht. Es scheint so, als ob die Arbeitszeit entsprechend den Interessen der Verkäufer/innen vereinbart werden könnte. Ganz so ist es aber nicht, denn wenn Kundenandrang herrscht, müssen alle im Geschäft stehen. Bezahlt wird natürlich nur die Anwesenheit im Laden, d.h. versteckt werden hier Vollzeitbeitsplätze in Teilzeitarbeitbeitsplätze umgewandelt. Oft wechselt auch noch die Lage der läglichen Arbeitszeit, je nachdem wie der „Freizeitplan“ mit der Kundenfrequenz abgestimmt wird. Von einer geregelten Arbeitszeit kann man also nicht mehr sprechen.

### Die KAPOVAZ

Im Zuge der Entwicklung der Mikroelektronik ist es möglich geworden, die Arbeitskräfte variabel, kapazitätsorientiert einzusetzen, die KAPOVAZ ist der eigentliche Angriff auf die gereichte Arbeitszeit der Einzelhandel beschäftigt Verkäufer/innen. Grob skizziert verbirgt sich hinter der KAPOVAZ folgendes: Wenn Kundenandrang in den Stoßzeiten vorhanden ist, sollen die Beschäftigten im Laden stehen. In der übrigen Zeit benötigt man sie nicht, will sie dann auch nicht bezahlen; die Verkäuferinnen sollen nach Hause gehen. Mit Hilfe der elektronischen Datenbanken können nun die Stoßzeiten, in denen die meisten Kunden einkaufen gehen ermittelt werden. Aufgrund der Daten über die zeitliche Umsatzentwicklung und der Kundenfrequenz kann nun der Einsatz der Beschäftigten langfristig geplant werden. Auch die Großunternehmen des Einzelhandels werden auf der Basis dieser Informationen dazu überzogen, variable, kapazitätsorientierte Arbeitszeitsysteme einzurichten. Vernichtung von Vollzeitbeitsplätzen bei gleichzeitiger Ausweitung der Teilzeitarbeit wären die Folge“ (HBV-Geschäftsbericht zum 10. ordentlichen Gewerkschaftstag).

Allein zwischen 1973 und 1975 nahm die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel um 100.000 ab, während jedoch das Angebot an Teilzeitarbeitplätzen um 7.000 stieg. Seit 1972 nahmen die Vollzeitbeschäftigten um 8,7% ab, während heute der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten schon auf ca. 28% gestiegen ist. Setzt die KAPOVAZ sich voll durch, so läßt sich vermuten, daß der Anteil

Da die Kollegen/innen ausgereiht und frisch zu den umsatzstärksten Zeiten eingesetzt werden, wird durch dieses System auch noch die Arbeitsintensität erhöht. „Das bedeutet in der Praxis: während der Arbeitszeit gibt es keine ruhige Phase für das Personal und kein Verschnaufen. Wer im Dienst ist, wird voll gefordert.“ (Detlev Breier, HBV München) Wenn sie dann total erschöpft von dem Kundenandrang sind, dürfen sie wieder gehen.

Nicht außer Acht lassen darf man allerdings, daß viele Verkäuferinnen lieber eine Teilzeitbeschäftigung nachgehen, als den ganzen Tag im Laden zu stehen. Die Frauen gehen aber nicht aus Spaß arbeiten. Mit ihrem Verdienst wird der Lebensstandard der Familie aufrechterhalten, das neue Auto abbezahlt oder die Möbel. Anderen Frauen müssen von ihrem Entgelt die eigene Existenz sichern. Schon heute gelingt dies kaum: Die Verkäuferinnen verdienen 20 bis 30% weniger als ihre Kollegen/innen in der Industrie. Wird die KAPOVAZ allerdings verstärkt eingesetzt werden, so werden die meisten Verkäuferinnen nur noch stundenweise, d.h. zu den Stoßzeiten eingesetzt werden. Sie werden dann nur noch ein Taschengeld verdienen können, das wohl kaum den Familienlebensstandard gewährleisten kann.

## REVIER

Die neue „REVIER-Zeitung für das Ruhrgebiet“ ist erschienen. In der Januar-Ausgabe sind Beiträge zur Betriebsratswahl 1981, zur anstehenden Tarifrunde sowie zur Diskussion über die Aufgaben in der Gewerkschaftsarbeit enthalten. Außerdem enthält die REVIER, die sich als unabhängige gewerkschaftliche Zeitung und Sprachrohr fortschrittlicher Kollegen und Kolleginnen versteht, einen Bericht und Auseinandersetzung über die Forderung der Dortmunder Hörsch-Arbeiter „Stahlwerk jetzt!“ Die REVIER ist zu erreichen: REVIER-Verlag, Siegstr. 15, 41 Duisburg, Tel. 0203/340083h